

**Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 03. April 2014**

Antrags-Nr. 14-F-33-0041

**Beschluss des Frauenausschusses Nr. 0021 zu 14-V-11-2001  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 03.04.2014 -**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben des Dezernenten für Wirtschaft und Personal vom 02. April 2014, das an alle Geschäftsstellen ging, zur Kenntnis, wonach
  - a) die Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin in der endgültigen Fassung ein Fragemodul des bewährten Fragebogens „COPSOQ“ (Copenhagen Psychosocial Questionnaire) bezüglich sexueller Belästigung vorgesehen hat, das in dieser Form seitens des Gesamtpersonalrats angenommen wurde;
  - b) eine Veränderung des Fragebogens ggf. die Wiedereröffnung des Beteiligungsverfahrens notwendig machen und somit zu einer Verzögerung führen würde;
2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zunächst der Vorlage 14-V-11-2001 in der Fassung des Magistratsbeschlusses Nr. 0166 zu.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die im Frauenausschuss mit Beschluss vom 25. März 2014 formulierten Fragen zusätzlich in den Fragebogen unter den Bedingungen aufzunehmen,
  - a) dass erstens der Gesamtpersonalrat auf seiner Sitzung der Aufnahme dieser Fragen in dieser Form zustimmt und es somit zu keiner größeren Verzögerung kommt, und
  - b) dass zweitens die Freiburger Forschungsstelle aus wissenschaftlicher Perspektive nichts gegen die Aufnahme dieser Fragen in dieser Form vorbringt.

---

**Beschluss Nr. 0153**

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 03.04.2014 betr.

Beschluss des Frauenausschusses Nr.0021 zu 14-V-11-2001

wird in folgender Form angenommen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben des Dezernenten für Wirtschaft und Personal vom 02. April 2014, das an alle Geschäftsstellen ging, zur Kenntnis, wonach
  - a) die Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin in der endgültigen Fassung ein Fragemodul des bewährten Fragebogens „COPSOQ“ (Copenhagen Psychosocial Questionnaire) bezüglich sexueller Belästigung vorgesehen hat, das in dieser Form seitens des Gesamtpersonalrats angenommen wurde;
  - b) eine Veränderung des Fragebogens ggf. die Wiedereröffnung des Beteiligungsverfahrens notwendig machen und somit zu einer Verzögerung führen würde.

2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zunächst der Vorlage 14-V-11-2001 in der Fassung des Magistratsbeschlusses Nr. 0166 zu.

3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die im Frauenausschuss mit Beschluss vom 25. März 2014 formulierten Fragen zusätzlich in den Fragebogen unter den Bedingungen aufzunehmen,

dass der Gesamtpersonalrat auf seiner Sitzung der Aufnahme dieser Fragen in dieser Form zustimmt und es somit zu keiner größeren Verzögerung kommt.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2014

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .04.2014

1. Dezernat III i. V. m. Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Gesamtpersonalrat  
Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister